

Vereinsgründung

Ablehnung und Protest: Warum Waldbesitzer und Bauern das Biosphärengebiet nicht wollen

Die Gegner eines oberschwäbischen Biosphärengebiets haben einen Verein gegründet. Warum sie den entsprechenden Prüfprozess nicht als Chance, sondern als Bedrohung sehen.
Veröffentlicht: 26.11.2024, 08:59

Von: Paul Martin

Kurz nach Beginn des Prüfprozesses rund um ein mögliches Biosphärengebiet in Oberschwaben und dem Allgäu hat sich eine ungewöhnliche Allianz gebildet: Bauernvertreter auf der einen und Forstbesitzer – allen voran die Adelshäuser der Region – haben sich zusammengetan und verfolgten den Prozess zunehmend kritisch. Nun ist daraus ein Verein geworden. „Allianz für Allgäu-Oberschwaben e.V.“, nennt sich der Zusammenschluss land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Sein Kernanliegen: Das Verhindern des genannten Biosphärengebiets. Warum aus der anfänglichen Skepsis inzwischen ein klares „Nein“ geworden ist und was die Allianz vom jüngsten Werben der Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) für den Prüfprozess halten: Die „Schwäbische Zeitung“ hat bei den Widerständlern nachgefragt.

Wer steckt hinter der Allianz

Sie sehen sich als „Betroffene“ über denen das mögliche Biosphärengebiet wie ein Damoklesschwert schwebt. Michael Fick, der Förster des Fürsten von Waldburg-Zeil, Erbgraf Ludwig zu Waldburg-Wolfegg-Waldsee, der ebenfalls für ein großes Forstunternehmen der Region spricht, sowie Roswitha Geyer-Fäßler und Franz Schönberger vom Bauernverband, sind Vertreter des neuen Vereins. Die drei Erstgenannten sitzen für die CDU in ihren jeweiligen Gemeinderäten in Kißlegg, Wolfegg und Wangen. Franz Schönberger kandidierte im Sommer auf der Liste der CDU für den Kreistag, allerdings erfolglos. Auf die Lokalparlamente kommt es für die Allianz an. Denn ganz am Ende entscheidet jeder Gemeinderat für sich, ob die entsprechende Stadt oder Gemeinde Teil des Großschutzgebiets werden will.

Aber der Reihe nach. „Uns ist durch das Thema Biosphärengebiet klar geworden, welche großen Schnittmengen Land- und Forstwirtschaft haben“, holt Franz Schönberger aus. „Im Verein wollen wir die Schnittmengen gemeinsam bearbeiten.“ Mit der neuen Rechtsform habe man einen offiziellen Status und könne gezielter auftreten.

Das ist die Kritik

Beim Prüfprozess zum Biosphärengebiet war die Allianz schon bisher kein Leisetreter. Schon in der ersten Jahreshälfte forderte sie öffentlich einen Stopp des genannten Prozesses. Woher rührt diese Ablehnung? „Lange haben wir den Prozess beobachtet, in den Arbeitskreisen mitgearbeitet, viel Zeit investiert“, sagt Roswitha Geyer-Fäßler. „Seit einiger Zeit ist uns aber klar: Es ist gut, dass man miteinander gesprochen hat – aber für uns kann ein Biosphärenreservat nicht das Ergebnis sein.“ Erbgraf Ludwig zu Waldburg-Wolfegg-Waldsee ergänzt: „Die Biosphäre ist einfach nicht das, was uns weiterhilft beim Moorschutz oder der nachhaltigen Bewirtschaftung von Flächen.“ Im Kern störe sich die Allianz vor allem am Status eines Großschutzgebiets nach Naturschutzrecht, unter den alle Flächen innerhalb eines Biosphärengebiets fallen. „Wenn hier neue Vorgaben aus Berlin oder Brüssel kommen, kann doch kein Landrat Sievers sagen, dass alles so bleibt, wie es ist“, erklärt Franz Schönberger die Kritik.

Die Argumente der Prozess-Befürworter

Der Ravensburger Kreis-Chef Harald Sievers hatte kürzlich zusammen mit Regierungspräsident Klaus Tappeser und Umweltministerin Thekla Walker bei den Bürgermeisterinnen der infrage kommenden Kommunen für eine Fortsetzung des Prozesses geworben. Die drei Kernargumente bei der Veranstaltung: Erstens werden für die drei Prozent Kernzone, die jedes Biosphärengebiet braucht, nur staatliche Flächen benötigt. Zweitens werden Pflegezonen (17 Prozent) nur dort ausgewiesen, wo heute schon Schutzgebiete sind, und drittens kann bei Veränderungen der Rahmenbedingungen jede Kommune auch wieder aus dem Biosphärengebiet austreten.

Wo liegt der Mehrwert?

Michael Fick traut diesen Versprechen nicht und hat ein Beispiel parat: Wenn die Adelegg, heute ein FFH-Gebiet, eine Pflegezone wird, dürfen wir dort nicht mehr gegen den Borkenkäfer spritzen. Auch in der sogenannten Entwicklungszone gelten neue Regeln in den Bereichen, wo sie an eine Pflegezone angrenzt, so Fick. „Es gibt einfach Änderungen, zum Beispiel auch bei Windkraft und PV-Anlagen“, sagt Roswitha Geyer-Fäßler. „Wir wollen bei all diesen Projekten die Verantwortung in der Region behalten“, lautet Ficks Devise. „Und wenn wir nicht in einem Großschutzgebiet sind,

sind wir weniger eingeengt.“ Alle in den Arbeitskreisen erdachten Projekte seien auch ohne Biosphärengebiet möglich, so Fick. „Es gibt von ‚Moorzarella‘ bis Paludikultur nichts, wofür man ein Biosphärenreservat braucht.“

Wie wäre es mit einem kleineren Biosphärengebiet?

Und deshalb will es die Allianz nicht. Auch nicht, wenn das Biosphärengebiet weit kleiner ausfallen würde, als der bisherige Suchraum suggeriert. Eine Art „Biosphärengebiet-Mini“, wenn man es beispielsweise auf die Bereiche rund um den Federsee, das Wurzacher Ried und das Pfrunger Burgweiler Ried beschränken würde, lehnt die Allianz genauso ab. Die Vorstände und Sprecher kommen zwar überwiegend aus dem Allgäu – wo der Widerstand zweifelsohne am größten ist – das hieße aber nicht, dass sich die Ablehnung auf diese Raumschaft beschränke.

Umweltministerin Thekla Walker sagte Ende Oktober in Bad Waldsee: „Laden Sie mich ein. Ich gehe jederzeit gerne ins Gespräch, auch mit Waldbesitzern oder Landwirten.“ Ein entsprechendes Gespräch mit der Ministerin hat es laut Allianz schon im September gegeben. Die Presse sei von Ministeriumsseite aus unerwünscht gewesen.